

QUARTALSBERICHT

Projektland: Thailand/Laos

Quartal/Jahr: IV/2012

SCHLAGZEILEN

- 1. Thailand: Solide Wirtschaft bei innenpolitischer Fragilität**
- 2. Laos: Ausweisung und Entführung**

Thailand : Solide Wirtschaft bei innenpolitischer Fragilität

Thailands Wirtschaft robust

Nach Außen hin zeigt sich Thailand in guter Verfassung. Für das Jahr 2012 wird momentan mit einem Wirtschaftswachstum von ca. 5,5 Prozent gerechnet. Vor allem die hohen Niveaus der privaten als auch der öffentlichen Investitionstätigkeiten bei anhaltend hohem Inlandskonsum trugen, nachdem das Land zum Beginn des Jahres noch mit den Folgen der Hochwasserkatastrophe Ende 2011/Anfang 2012 zu kämpfen hatte, zu dieser positiven Entwicklung bei. In 2012 war die Investitionsintensität der Privatwirtschaft mit einem Plus von ca. 14 Prozent höher als die des öffentlichen Sektors mit ca. 8 Prozent. Die Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung Thailands im Jahre 2013 werden als vergleichbar mit der in 2012 angegeben, wobei dann die Investitionen der öffentlichen Hand mit etwa 16,5 Prozent höher als die des Privatsektors mit ca. 10 Prozent eingeschätzt werden. Begründet wird dies mit den vorgesehenen staatlichen Großprojekten im Wassermanagement, Vorhaben im Transportsektor im Zusammenhang mit dem Beginn des Auf- und Ausbaus eines Netzes für Hochgeschwindigkeitszüge als auch im Kontext von Investitionsmaßnahmen in Hinblick auf die Implementierung der ASEAN Economic Community zum Ende des Jahres 2015. Die offizielle Arbeitslosenquote wird mit geringen 0,6 Prozent angegeben; einzelne Analysten sehen mit der Einführung des Mindestlohnes von 300 Thailändischen Baht pro Tag mit Beginn 2013 die Gefahr, dass Personalreduzierungen bis hin zu Firmenschließungen aufgrund dieses erhöhten Kostendruckes nicht auszuschließen seien und so die Arbeitslosigkeit zunehmen könnte. Die Inflationsrate fiel mit etwa 3,5 Prozent insbesondere als Resultat der gestiegenen Nachfrage nach Erdöl etwas höher aus als im Vorjahr, verhielt sich aber in regionaler Betrachtung auf vergleichsweise moderatem Niveau. Während sich damit

die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in hellerem Licht gestalten, blieben die innenpolitischen Spannungen zwischen Regierung und Opposition sowie zwischen deren jeweils zugehörigen außerparlamentarischen Lagern ebenso uneingeschränkt erhalten, wie auch die täglich wiederkehrenden Anschläge in den muslimisch geprägten Provinzen im Süden Thailands.

Keine Verbesserung der innenpolitischen Stimmung

Der des Öfteren propagierte und als für die Zukunft Thailands als wichtig und notwendig erachtete innenpolitische Versöhnungsprozess bleibt, auch wenn man einen solchen nur in Ansätzen zu erahnen vermögen wollte, in der politischen Wirklichkeit nicht erkennbar.

Die Regierung unter Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra sieht sich immer wieder mit dem Vorwurf ihrer Gegner konfrontiert, lediglich die Marionette bzw. der Erfüllungsgehilfe des im Exil weilenden Bruders der Regierungschefin und Ex-Präsidenten Thaksin Shinawatra zu sein. De facto leite er die Amtsgeschäfte. Das politische Ziel der augenblicklichen Regierung sei nur das eine, nämlich vor allem Thaksin über den Weg einer partiellen Verfassungsänderung so schnell wie möglich – ohne die Erfüllung der ihm noch anhängigen 2-jährigen Haftstrafe wegen angeblicher Korruption - die Rückkehr nach Thailand zu ermöglichen.

Die Opposition unter der Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten der Demokratischen Partei (DP), Abhisit Vejjajiva, scheint es allerdings nicht zu gelingen, die Regierungsarbeit der Yingluck-Administration zu diskreditieren. Ein ins Parlament eingebrachte Misstrauensvotum gegen die Ministerpräsidentin und drei ihrer Minister im November scheiterte jedenfalls kläglich. Yingluck überstand das Votum nicht nur aufgrund ihrer eigenen komfortablen Regierungsmehrheit, sondern erhielt zusätzlich sogar Zustimmung aus dem Oppositionslager.

Dabei ist die Arbeit der Regierung neben parlamenarischer nicht frei von öffentlicher Kritik. Insbesondere das aktuelle Reisaufkaufprogramm (rice-pledging scheme) der Regierung, das Yinglucks Pheu Thai-Partei zu einem zentralen Anliegen ihres Wahlkampfes im Hinblick auf die Steigerung der Einkommen von Reisbauern gemacht hatte, birgt Gefahren. Das Programm ermöglicht den Reisfarmern, ihre Erträge unbegrenzt an die Regierung zu verkaufen, wobei diese den Reis zu Preisen über dem Weltmarktniveau abnimmt. Ist dies geschehen, so erfolgt der Weiterverkauf über das thailändische Handelsministerium zwischen den Ländern bzw. ihrer Regierungen (government to government sales). Für die Regierung und andere Befürworter trägt das Programm zur Stärkung der Marktkräfte sowie zu mehr Fairness und zur Sicherung der wirtschaftlichen Lage der Reisbauern bei. Die Opposition und andere Kritiker aber sehen durch das Programm mit seinen erhöhten Reisankaufspreisen Thailands Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt und argumentieren mit der Entwicklung, dass bereits Vietnam und Indien das Königreich bereits als ehemals weltweit führenden Reisexporteur abgelöst haben. Zudem seien Reisbauern vermehrt auf den Anbau schnell wachsender und qualitativ minderwertigerer Reissorten umgestiegen, was zusätzlich Thailands internationale Wettbewerbsfähigkeit einschränke. Außerdem käme das Programm nicht den Kleinbauern zugute, sondern würde in erster Linie nur Großbauern mit großen Bewirtschaftungsflächen und intensiven Bewässerungsmöglichkeiten bevorzugen. Vor allem aber wird die mangelnde

Transparenz des Programmes im Einklang mit bereits nicht mehr hinreichend nachvollziehbaren Finanzbewegungen kritisiert, die aufgrund offensichtlich fehlender effizienter Kontrollinstrumentarien (dies wurde u.a. im Rahmen der Misstrauensdebatte im Parlament gegen Yingluck kommuniziert) leicht zu Korruption führen könnte bzw. bereits geführt hat. Das Thema des unkontrollierten Abflusses von Fördergeldern betrifft ebenso die Aktivitäten der Yingluck-Administration im Bereich der Hochwasserschutzmaßnahmen vor allem im Norden Thailands, die von der Regierung nach den Überschwemmungen von 2011 eingeleitet worden waren. In diesen Feldern jedenfalls scheinen Zeitbomben zu ticken, die im Zuge weiterer Untersuchungen auf die Regierung zurückschlagen könnten.

Neben diesen brisanten Entwicklungen, die Korruption wieder zum Thema machten, irritierte die Yingluck-Administration die Öffentlichkeit mit Plänen, die Vorgänge im Zuge der Niederschlagung des Aufstandes der Rothemden im Jahre 2010 mit zahlreichen Toten und Verletzten und die damit zusammenhängende Schuld oder Unschuld der damaligen von der DP gebildeten Regierung unter Ministerpräsident Abhisit nicht durch die thailändische Justiz, sondern durch den Internationalen Gerichtshof bewerten zu lassen. Nachdem in dieser Sache allerdings im Dezember Klagen wegen Mordes gegen Abhisit und seinen damaligen Stellvertreter bei thailändischen Behörden eingegangen sind, dürfte aber das weitere Prozedere vermutlich in thailändischen Händen bleiben.

Abhisit und sein damaliger Stellvertreter sehen den Klagen nach eigenen Aussagen gelassen entgegen. Sie hätten sich stets in den Rechtsräumen bewegt, die ihnen damals geboten gewesen wären, überdies Schießbefehle oder gar Auftragsmorde nicht erteilt und nie genehmigt. Nachdem die Regierung unter Frau Yingluck aber derzeit parlamentarisch wieder massiv um eine Verfassungsänderung in Richtung auf ein Versöhnungsgesetz, das u.a. eine weitreichende Amnestie für aus politischen Hintergründen verurteilte Personen (so auch für Bruder Thaksin) ab dem Putsch von 2006 vorsieht, erklärt Abhisit die Mordanklagen als politisch initiiert und motiviert. Über diesen Weg will man ihn als auch die DP zur Befürwortung eines Versöhnungs- bzw. Amnestiegesetzes drängen, das einzig und alleine auf die Rehabilitierung Thaksins ausgerichtet sei. Fraglos ist Thaksin nach wie vor das Reizthema in der thailändischen Innenpolitik, das nicht nur die politischen Lager polarisiert, sondern auch große Teile der Bevölkerung teilt. Eine Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung mit Richtung Amnestiegesetz scheint im Moment der legitimste und geeignetste Weg, zu einer Auflösung des innenpolitischen Impasses zu gelangen. Dabei bewegt sich die Yingluck-Administration aber fortwährend auf dünnem Eis. Wird die Zukunft Thaksins unter dem Gesichtspunkt einer straffreien Rückkehr nach Thailand diskutiert, flammen gleichzeitig wieder Putschgerüchte auf.

Laos : Ausweisung und Entführung

Anfang November beeindruckte das sozialistisch regierte Laos als Gastgeber des ASEM-Gipfels 2012 positiv. Die Regierung des neuen WTO-Mitgliedslandes präsentierte sich dabei sehr offen, demonstrierte in wirtschaftlicher Hinsicht uneingeschränkte Integrationsbereitschaft und betonte die Bereitschaft zu einer verstärkten innenpolitischen Liberalisierung. Die Vielzahl der anwesenden europäischen und asiatischen Staats- und Regierungschefs und Minister werden mit

einem guten Gefühl das Land, dessen bislang gezeigte restriktive Politik im Hinblick auf die üblichen Freiheiten in demokratisch strukturierten Ländern immer wieder kritisiert wurden, verlassen haben.

All jene aber, die jetzt im Land auf eine Ausweitung persönlicher Freiheiten bei gleichzeitiger Reduktion der sozialen Kontrolle durch die laotische Regierung hofften, mussten Anfang Dezember einen herben Rückschlag hinnehmen. Die Leiterin der schweizer Nicht-Regierungsorganisation (NGO) Helvetas, die vor allem in der ländlichen Entwicklung Laos' aktiv ist, wurde staatlicherseits aufgefordert, binnen 24 Stunden das Land zu verlassen. Anne-Sophie Gindroz hatte auf Mängel in der Regierungspolitik verwiesen, was ihr als regierungsfeindliche Propaganda ausgelegt wurde.

Noch mehr Aufsehen erregte aber die Entführung des populären Gründers der laotischen NGO Participatory Development Training Center, Sombath Somphone. Sombath, u.a. 2005 Preisträger des in der Region renommierten Ramon Magsaysay Award for Community Leadership, stellte sich vor allem in den Dienst, für mehr Landbesitzrechte insbesondere für ärmere Bauern zu werben. Auch durch TV-Medien wie die BBC im Kontext mit einer Dokumentation über Umwelt- und Entwicklungsfragen in Laos war er weithin bekannt.

Sombath wurde am Abend des 15. Dezembers in Vientiane an einem Polizeikontrollpunkt angehalten, seine Papiere wurden gesichtet. Dann seien zwei Personen in zivil auf ihn zugetreten, hätten ihn zu einem Jeep gebracht und seien weggefahren. Sombath, der in den USA studiert hat und mit einer singapurischen Frau verheiratet ist, galt keineswegs als politischer Aktivist. Eine Vermutung geht aber dahin, dass er wegen seiner Beteiligung an einer landesweit durchgeführten UNDP-Studie zur Stimmungslage der Bevölkerung in Laos, die im Ergebnis zu Wünschen nach besserer Regierungsführung und mehr Mitspracherechte bei Entwicklungsfragen führte, behördliches Missfallen auf sich geladen hatte.

Trotz heftigster Kritik aus den USA, aber auch von ASEAN-Partnerländern, verneint das laotische Außenministerium bislang eine Beteiligung der Regierung an der offensichtlichen Entführung Sombaths jedweder Art. Bis heute ist Sombath Somphone spurlos verschwunden.

Karl-Peter Schönfisch

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Bangkok, Thailand

IMPRESSUM

Erstellt: 10.01.2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de